
> > OCCASIONAL PAPER < <

Geographie

Heft 31

**Globale Herausforderungen,
lokale Akteure**

**Berliner Grundschulen im Spiegel neuer
gesellschaftlicher
Fragmentierungstendenzen**

Autoren:
Anette Stumptner
Anja Unkrig
Markus Zens

2005

Vorwort des Herausgebers

Heft 30 war als das „wohl ... letzte Occasional Paper *Geographie*“ angekündigt worden, das ich als Leiter des ZELF und als Hochschullehrer für Sozialgeographie an der FU Berlin herausgeben wollte. Zu meiner Überraschung wurde mir ein weiteres Manuskript vorgelegt. Es ist aus einem Projekt-Seminar hervorgegangen, wurde mit viel Engagement und Gründlichkeit erstellt und behandelt ein Thema, das Beachtung verdient. Daher soll es auch erscheinen.

Ich wünsche auch dieser Studie der drei VerfasserInnen einen ebensolchen Erfolg, wie ihn die anderen Occasional Paper *Geographie* in der Vergangenheit erfahren haben.

Fred Scholz

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Einleitung.....	1
2. Eine neue gesellschaftliche Fragmentierung in Berlin? Fragestellung und Erkenntnisziel	2
3. Analysekonzepion – Von der Makroebene zur Untersuchung an Berliner Schulen	4
4. Beweisführung und Auswertung	6
4.1 Globalisierungsinduzierte Veränderungen der Makrostrukturen – neue Herausforderungen für die bildungspolitischen Akteure?	6
4.1.1 Der Wandel politischer Rahmenbedingungen und Implikationen für Sozial- und Bildungsaufwendungen	7
4.1.2 Strukturelle Arbeitsmarktveränderungen als Auslöser für Umbrüche im Bildungssektor	10
4.2 Auswertung der empirischen Untersuchung an Berliner Schulen	14
4.2.1 Institutionelle Ebene – Wettbewerb und Profilbildung	14
4.2.1.1 Wettbewerb zwischen Berliner Grundschulen	15
4.2.1.2 Handlungsstrategien von Schulen – Profilbildung und Auswirkungen	20
4.2.2 Individuelle Ebene – Umgehung der Einzugsgebiets-Regelung	24
4.2.3 Verschärfter Wettbewerb auch an Oberschulen ?	25
5. Fazit	26
6. Literaturverzeichnis	28
7. Anhang und Karten	

„Der wahre Zweck des Menschen – nicht der, welchen die wechselnde Neigung, sondern welchen die ewig unveränderliche Vernunft ihm vorschreibt – ist die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen.“¹

1. Einleitung

Ob Wilhelm von Humboldt seinen humanistischen Bildungsgedanken heute wieder erkennen würde? Von PISA zu IGLU², von Ganztagschulen zu Hochschulreformen, von öffentlicher Bildungsfinanzierung zu „fundraising“ – die Bandbreite an Schlagwörtern ist ein deutlicher Indikator für die großen Veränderungen, die im Bildungsbereich momentan von statten gehen. So hat der Faktor „Wissen und Information“ im wirtschaftlichen Bereich zum Ende des 20. Jahrhunderts einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren und ist neben den Faktoren Arbeit, Kapital und natürliche Ressourcen vermutlich zur wichtigsten Bedingung von Wachstum und Entwicklung geworden³. Die Ausstattung mit Humanressourcen ist im Zeitalter „intelligenter Produkte“ zur Grundlage für die Produktiv- und Wettbewerbskraft einer Gesellschaft geworden, gerade in der zunehmend global kommunizierenden und agierenden Welt.

Die Verortung dieser globalen Veränderungen im lokalen Umfeld stellt auch die Wissenschaft vor neue Herausforderungen. Mit der vorliegenden Untersuchung, die im Rahmen des Projektseminars „Berlin und Globalisierung“ an der Freien Universität Berlin in den Jahren 2000 und 2001 unter der Leitung von Prof. Dr. Fred Scholz entstanden ist, versuchen die Verfasser, dieser Herausforderung zu begegnen. Die Basis der Arbeit bildet ein Ansatz zur Verknüpfung der Makro- mit der Mikroebene am Beispiel des primären Bildungssektors in Berlin. Ziel der

¹ Humboldt 1792 (1991):106

² **PISA**: Programme for International Student Assessment; erstellt im Auftrag der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD)

IGLU: Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung; erstellt im Auftrag der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA)

³ vgl. Meusbürger 1998:2

Untersuchung ist die Klärung der Frage, ob Veränderungen in diesem Bereich mit globalen Einflüssen verbunden sind, die sich etwa in Form einer neuen gesellschaftlichen Fragmentierung niederschlagen⁴. Berlin scheint als Untersuchungsort dafür besonders geeignet, da es in seiner Stellung als Bundeshauptstadt und größter deutscher Metropole globalen Einflüssen ausgesetzt ist.

Dem Charakter einer Seminararbeit ist eine Beschränkung des Umfangs der empirischen Untersuchung in vorliegender Arbeit geschuldet. Sie wird nicht mehr sein können, als ein Mosaiksteinchen in einem schwer zu überblickendem Gesamtbild. Der Ansatz der Verknüpfung von globalen Herausforderungen und lokalen Reaktionen darauf erscheint jedoch interessant genug, um der Öffentlichkeit präsentiert zu werden und einen Beitrag für die anthropogeographische Forschung zu liefern.

2. Eine neue gesellschaftliche Fragmentierung in Berlin? Fragestellung und Erkenntnisziel

Globalisierung wird in dem zu untersuchenden Kontext als ein Prozess der Ausdehnung und Intensivierung weltweiter sozialer Beziehungen staatlicher und nichtstaatlicher Akteure auf kultureller, ökonomischer, sozialer, politischer und wissenschaftlicher Ebene verstanden.

Die zunehmende ökonomische Interdependenz findet in vorliegendem Beitrag eine besondere Berücksichtigung, jedoch in Einbettung einer mehrdimensionalen Sichtweise, welche die weiteren genannten Ebenen mit einschließt.

Hieraus lassen sich zwei Tendenzen ableiten, die für das Forschungsvorhaben zentral sind:

1. Es werden transnationale Räume geschaffen, in denen ein wachsender Teil sozialen Lebens von globalen Prozessen dominiert wird. Die Wahrnehmung möglicher Lebens- und Handlungsspielräume wird dadurch maßgeblich beeinflusst.

⁴ vgl. dazu u.a. Scholz 2000 b

2. Räumliche und zeitliche Distanzen verringern sich und es entwickeln sich globale Standards, die zu beschleunigten Anpassungsleistungen zwingen – sowohl der etablierten Strukturen gesellschaftlicher Steuerung als auch in allen Lebensbereichen, vor allem aber in der Arbeitswelt⁵.

Es ist zu vermuten, dass dieser Prozess auf Bildungsinstitutionen und den daran partizipierenden Individuen einen spürbaren Leistungs- und Anpassungsdruck ausübt.

Es gilt im folgenden beispielhaft an Berliner Grundschulen nachzuweisen, ob dieser Sachverhalt auf institutioneller und individueller Ebene zu neuen Herausforderungen führt, mit denen die beteiligten Akteure auf unterschiedliche Weise – durch aktive Bewältigung oder passive Reaktion - umgehen. Ist dementsprechend eine neue gesellschaftliche Fragmentierung anzunehmen, die in diesem Zusammenhang durch Inklusions- u. Exklusionstendenzen charakterisiert ist? Diese Fragestellung wird anhand einer forschungsleitenden Hypothese konkretisiert:

Die Auswirkungen von ökonomischen und politischen Prozessen der Globalisierung sind ursächlich für eine neue gesellschaftliche Fragmentierung:

Auf institutioneller Ebene verlieren Schulen die Bedingtheit an ihr soziales Umfeld und unterliegen einer Polarisierung, die sich durch aktive oder passive Handlungsstrategien ergeben.

Auf individueller Ebene ist die Möglichkeit zur Bewältigung der Herausforderungen die entscheidende Determinante.

Dieser Zusammenhang soll anhand von 3 Arbeitshypothesen schrittweise aufgearbeitet, sowie theoretisch und empirisch entwickelt und überprüft werden.

- Arbeitshypothese 1: Ökonomische und politische Prozesse der Globalisierung zeigen auf der Makroebene Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt und beeinflussen die politischen Rahmenbedingungen. Auf der Meso- und Mikroebene werden Bildungsinstitutionen und die

⁵ Dieses Verständnis von Globalisierung ist angelehnt an die Definitionen folgender Autoren: Altvater/Mahnkopf 1999: 31-36, Beck 28 ff., Giddens 1996: 85, Windfuhr in: Nolen 2000: 305-312

daran partizipierenden Teilnehmer vor neue Herausforderungen gestellt; sowohl die Individuen als auch die Institutionen müssen unter den Bedingungen knapper finanzieller Ressourcen höhere Qualifikationen beziehungsweise Qualität und Effizienz erreichen.

- Arbeitshypothese 2: Die Möglichkeit für Schulen, ihrer Institution ein Profil zu geben, ist ein Indikator für aktiven Umgang mit den Herausforderungen auf institutioneller Ebene. Dadurch können Bildungsinstitutionen ihre komparativen Wettbewerbsvorteile steigern. Dies ermöglicht beispielsweise Berliner Grundschulen in sozial benachteiligten Wohnvierteln, sich ihrem Umfeld zu entziehen und sich als Institution zu inkludieren.
- Arbeitshypothese 3: Indikator für ein aktives Umgehen mit den Herausforderungen ist eine bewusste Schulwahl der Eltern für ihre Kinder. Dadurch wird die für Berliner Grundschulen geltende Regelung der Schuleinzugsgebiete zunehmend unterwandert. Die zu erwartende Folge ist eine kleinräumige Fragmentierung der Bildungsteilnehmer.

3. Analysekonzeption – Von der Makroebene zur Untersuchung an Berliner Schulen

Die Überprüfung der forschungsleitenden Hypothese und der daraus abgeleiteten Arbeitshypothesen erfolgt in zwei Arbeitsschritten.

Im ersten Arbeitsschritt wird die Arbeitshypothese 1 anhand von Literatur und Analyse von Sekundärdaten überprüft. Dabei wird ein schrittweise nachvollziehbarer Zusammenhang zwischen den ökonomischen und politischen Auswirkungen des Globalisierungsprozesses auf der Makroebene und den institutionellen und individuellen Herausforderungen auf der Meso- und Mikroebene hergestellt.

Im zweiten Arbeitsschritt soll aus den erhobenen Primärdaten an Berliner Schulen, unter Berücksichtigung der Fragestellung, logische Rückschlüsse auf einen Zusammenhang zwischen Fragmentierung und institutionellen und individuellen

Herausforderungen gezogen werden und somit die Überprüfung der Arbeitshypothesen 2 und 3 gewährleisten.

Das Hauptaugenmerk der empirischen Forschung richtet sich auf Grundschulen in den Berliner Bezirke Moabit⁶ und Mitte⁷. Die für die Untersuchung zur Disposition stehenden Bezirke grenzen räumlich aneinander und sind durch ungleiche gesellschaftliche und historische Rahmenbedingungen hinsichtlich ihres Bildungsniveaus gekennzeichnet; auch weisen sie in ihrer internen Einzelstruktur eine starke Heterogenität auf. Somit lässt sich die eingangs aufgeworfene zentrale Fragestellung auf einem relativ kleinräumigen Ausschnitt von Berlin eindeutiger erforschen.

Abgesehen von der Vorschule und dem Kindergarten steht die Grundschule am Beginn eines Bildungsweges und bildet somit den „Grundstein“ für den weiteren Bildungsverlauf. Eltern stehen schon an diesem Lebensabschnitt ihrer Kinder vor der Entscheidung, die Bildung ihres Kindes aktiv durch die Wahl einer „besonders guten“ Grundschule positiv zu gestalten, oder sich eher passiv dem Druck, induziert durch die neuen Herausforderungen der Globalisierung, zu entziehen.

Ergänzend dazu werden auch Gymnasien in Moabit und Mitte befragt. Das Gymnasium als Untersuchungsgegenstand soll Erkenntnisse darüber liefern, ob sich der Druck auf die Institution Schule und auf die Schüler beziehungsweise Eltern in höheren Jahrgängen einer Schullaufbahn weiterentwickelt und zu einer verstärkten Ökonomisierung der Bildung führt.

Als Instrumente einer flächendeckenden Datenerhebung an Berliner Schulen im Untersuchungsraum werden folgende Methoden eingesetzt:

- Nichtteilnehmende Beobachtung hinsichtlich Wohnquartiere und Bevölkerungsstruktur,
- mittels Kartierung wird eine Standortkarte zur Übersicht der räumlichen Verteilung der Grundschulen⁸ erstellt,

⁶ Genau genommen geht Moabit nach der Bezirksreform (01.01.2001) in dem Bezirk Mitte auf; wir beziehen uns daher auf die Bezirksstruktur vor der Zusammenlegung der 23 auf 12 Berliner Bezirke; wobei auch nach dieser Struktur Moabit nur einen Teilbereich des Bezirkes Tiergarten bildet.

⁷ Siehe zur genaueren räumlichen Einordnung des Untersuchungsgebietes auch **Karte 1** im Anhang

⁸ vgl. hierzu **Karte 2** im Anhang

- Durchführung von sechs Leitfadeninterviews mit den Schulleitungen der ausgewählten Grundschulen sowie neun Experteninterviews⁹
Themenfelder: Einzugsgebietsregelung, Übergangsquoten, Schülerzahl und sozial/ethnische –zusammensetzung der Klassen, Profilbildung und Drittmittelinwerbung, Wettbewerb zwischen Schulen, Schulautonomie und finanzielle beziehungsweise sachmittelbezogene Ausstattung der Schule. Die Interviews wurden im Zeitraum Ende Februar bis Mitte März 2002 durchgeführt.
- Die zwölf nicht mündlich befragten Grundschulen und die sechs Gymnasien in Mitte und Moabit erhalten einen standardisierten Fragebogen¹⁰

4. Beweisführung und Auswertung

4.1 Globalisierungsinduzierte Veränderungen der Makrostrukturen – neue Herausforderungen für die bildungspolitischen Akteure?

Globale Prozesse, die seit den 70er Jahren zunehmend in den verschiedenen Gesellschaftssystemen ihren Einfluss ausüben, fordern lokale Akteure des Bildungssektors heraus – diese Hypothese gilt es im folgenden zu verifizieren.¹¹ Dieser Versuch wird auf unterschiedlichen Ebenen angegangen: von weltweit wirkenden Globalisierungsprozessen soll der Wirkungszusammenhang von der Makroebene (Arbeitsmarktveränderungen und Auswirkungen auf den Nationalstaat) zur Meso- und Mikroebene (institutionelle und individuelle Herausforderungen) aufgezeigt und näher erläutert werden.¹² Im Kontext der zu erforschenden Fragestellung richtet sich dabei das Hauptaugenmerk auf die Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie den sich daraus ableitenden Konsequenzen.

⁹ Die Experteninterviews wurden geführt mit dem Koordinator für Lehrpläne von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport Berlin, Vertretern von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Vertreterin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Landesverband Berlin (GEW), dem Vorsitzenden des Landeselternausschusses, dem Vorsitzenden des Landeselternausschusses der Arbeitsgemeinschaft Grundschule, dem Geschäftsführer der Schulpartner GmbH, sowie drei Professoren der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, FU Berlin.

¹⁰ vgl. hierzu auch Anhang 1 und 2

¹¹ siehe erste Arbeitshypothese unter Kapitel 2

¹² siehe hierzu Anhang 3, wobei die Verbindungslinien des Kausalstranges als skizzenhafte Thesen zugrundegelegt werden; diese sind jedoch nicht monokausal zu verstehen, da Rückkopplungseffekte durchaus auftreten

4.1.1 Der Wandel politischer Rahmenbedingungen und Implikationen für Sozial- und Bildungsaufwendungen

Die zentrale globalisierungsinduzierte Konsequenz, die auf der politischen Ebene angenommen wird, ist der Bedeutungs- und Machtverlust des Nationalstaates. Die Hauptursache liegt in der zunehmenden Zahl transnationaler Akteure¹³ aus den einzelnen Gesellschaftsbereichen begründet. Infolge ihres Agierens entwickeln sich neue Varianten grenzüberschreitender Organisation, deren Regeln und Logiken nicht zwangsläufig jener des Nationalstaates entsprechen, sondern diese auf legalem Wege unterlaufen können. Diese Koexistenz führt dazu, dass der Staat und seine Institutionen sich zunehmend mit ihnen auseinandersetzen und Einfluss und Macht mit ihnen teilen muss.¹⁴ Ein Einblick in die ökonomischen Zusammenhänge soll dies verdeutlichen.

Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung gelten als Eckpfeiler und Antriebskräfte der Globalisierung. In ihrem Zuge verliert der Staat im Wirtschaftsgeschehen an Bedeutung, die Rolle transnationaler Akteure hingegen wächst. Ihre geschaffenen Verflechtungen innerhalb der Weltwirtschaft bewirken eine zunehmende Reduzierung zeitlicher und räumlicher Distanzen, infolge derer sich die Kompatibilität von Staatsvolk, Staatsmacht und Staatsgebiet¹⁵ als prägenden Kennzeichen des Nationalstaates, auflöst.¹⁶

In einem sehr engen Zusammenhang hiermit steht die These, dass das Modell der Sozialen Marktwirtschaft, gekennzeichnet durch eine Balance zwischen marktwirtschaftlicher Wirtschaftsform und sozialen Ausgleichsprinzipien,¹⁷ in die

¹³ wie beispielsweise transnationale Konzerne oder Nichtregierungsorganisationen

¹⁴ vgl. hierzu verschiedene Argumentationsmodelle von z.B. Altvater / Mahnkopf 1999: 31-34, Beck 1999: 116 ff., die Autoren der Gruppe von Lissabon 1997: 24 ff., Rosenau, Held u. Wallerstein zitiert in: Beck 1999: 63-69, Windfuhr in: Nohlen 2000: 305-311

¹⁵ Altvater / Mahnkopf 1999: 31-33

¹⁶ Es soll hier angemerkt werden, dass der Nationalstaat dennoch weiterhin eine wichtige Rolle spielt; nur treffen die containertheoretischen Vorstellungen von als geschlossenen Einheiten auftretenden und handelnden Nationalstaaten auf die komplexe Realität der Gegenwart nicht mehr zu.

¹⁷ Röller / Wey 1999: 11

Krise geraten ist.¹⁸ Aufgrund der Reduzierung staatlicher Einflussmöglichkeiten scheinen sich die Handlungsspielräume transnational agierender Unternehmen fortlaufend zu vergrößern, beispielsweise indem sie ihre Produktions-, Kapital-, Wohn- und Absatzorte weltweit auswählen können; dies versetzt sie zugleich in die Lage, den Staaten ihre Steuern zu entziehen. Die nationalen Volkswirtschaften werden daher in eine „Zwickmühle von Sozialpolitik“¹⁹ gebracht: Gesunkenen Steuereinnahmen - aufgrund der Steuerflucht weltweit agierender Unternehmen und den daher global sehr niedrigen Steuersätzen, die aus dem internationalen Steuerwettbewerb resultieren²⁰ - stehen explosionsartig ansteigenden Sozialkosten infolge von Arbeitslosigkeit und Armut gegenüber²¹. Zudem zwingt die Einnahmeseite den Staat zu einer genauen Festlegung seiner Ausgabenprioritäten; dies erfolgt zunehmend zugunsten der transnationalen Unternehmen, die im globalen Konkurrenzkampf der staatlichen Unterstützung bedürfen, um weiterhin die versprochene wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand dem Land gewährleisten zu können. Ein Abbau von Sozialleistungen scheint zwangsläufig die Folge zu sein. Dieser betrifft die individuelle Ebene genauso wie die Streichung der Gelder für die Förderung der Chancengleichheit, die vor allem den Bildungssektor betreffen,²² obwohl angesichts wachsender Notlagen und Qualifikationsansprüche eigentlich ein Ausbau erfolgen sollte.

Ein zentrales Charakteristikum der Sozialen Marktwirtschaft ist die staatliche Umverteilung von Einkommen und Vermögen, zu denen die öffentliche und unentgeltliche Bereitstellung des Gutes Bildung gehört.²³ Ihr Ziel ist es – spätestens seit der „Ära Willy Brandt“ -, allen Bundesbürgern die gleichen Chancen auf eine umfassende (Aus-)bildung zu gewährleisten.²⁴ In dem vorliegenden Forschungsprojekt wird die These vertreten, dass im Globalisierungszeitalter die Staatsausgaben für Bildung in Deutschland gesunken oder zumindest für die

¹⁸ siehe u.a. Autoren der Gruppe von Lissabon 1999: 66 ff., Beck 1999: u.a. 165/167, Hengsbach 1995: 104, Häußermann 2001: 27ff.

¹⁹ Beck 1999: 34

²⁰ Konrad 2001: 99

²¹ Beck 1999: 165/166

²² Gruppe von Lissabon 1997: 67; siehe hierzu auch folgenden Abschnitt

²³ Baßeler 1995: 73

²⁴ vgl. hierzu auch Die Zeit vom 27.12.2001

Anforderungen, die gegenwärtig an die Faktoren Wissen und Qualifikation gestellt werden, unzureichend sind. Statistiken des öffentlichen Haushalts sowie internationale Vergleichszahlen können hier Aufschluss geben.

Im letzten Jahrzehnt wurden laut H. Bethge in allen Bundesländern finanzielle und personelle Kürzungen im Bildungsbereich vorgenommen²⁵. Verfolgt man aber die Entwicklung der Staatsausgaben für Bildung seit 1970, so kann die Feststellung getroffen werden, dass dies ein schon länger währendes Phänomen ist:

Tabelle 1: Entwicklung der Staatsausgaben für Bildung von 1970 bis 1998 in % der Gesamtausgaben

Rechnungsjahr	1970	1980	1991	1994	1998
Bildungsausgaben des Staates in % der Gesamtausgaben	12,6 ¹	9,9 ¹	7,5 ¹	3,2 ²	8,4 ³

Quellen: ¹Baßeler (1995) nach Statistischem Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, verschiedene Jahrgänge
²Baßeler (1995) aus: Erich Schmidt Verlag: Der Bundeshaushalt 1994
³Eigene Berechnungen nach „Statistisches Bundesamt (2001): Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 2001“

In einem OECD-Vergleich vom November 2001 soll Deutschland damit eines dreier Länder sein, welches weniger als 10% der öffentlichen Ausgaben in Bildungseinrichtungen investiert. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt sind die Bildungsaufwendungen erheblich langsamer gewachsen²⁶ und mit 4,35 % des BIP liegt Deutschland damit erheblich unter dem OECD-Durchschnitt (5 %).²⁷ Im Grundschulbereich liegen die kaufkraftbereinigten Ausgaben pro Primarschüler sogar um 10% unter dem OECD-Durchschnitt.²⁸

Die Ursachen dieser desolaten Finanzlage im Bildungswesen liegen größtenteils in denselben Faktoren und Tendenzen begründet, die den Abbau des Sozialstaates

²⁵ Bethge 2000. Dabei muss angemerkt werden, dass die Länder die Hauptträger der öffentlichen Bildungsfinanzierung sind; so werden beispielsweise Grundschulen ausschließlich vom Land finanziert

²⁶ Weise 2000: 6; genauere Entwicklung dieses Verhältnisses im Zeitraum von 1975 – 2001: 1975: 4,9 % des BIP, 1990: 3,5 %, 1998: 4,5 %, 2001: 4,35 % (nach Weise 2000, Leeuwen 2001 und Statistischem Bundesamt 2001)

²⁷ Leeuwen 2001; <http://Home.snafu.de/gew-berlin/blz/archiv/2001/blz1101-10.htm>

²⁸ siehe Fußnote 31

charakterisieren– auch dieser Bereich bleibt eben nicht von der neoliberalen Sparpolitik verschont.²⁹ An dieser Stelle muss hinzugefügt werden, dass zum einen die Qualität der Bildungsinstitutionen sicherlich nicht ausschließlich von den Kapitalinvestitionen abhängt, sondern auch von deren effizientem Einsatz zum einen, und zum anderen ist der gekürzte Bildungsetat auch durch abnehmende Schülerzahlen v. a. in den neuen Bundesländern bedingt.³⁰

4.1.2 Strukturelle Arbeitsmarktveränderungen als Auslöser für Umbrüche im Bildungssektor

Auch die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns wurden durch die Globalisierungsprozesse grundlegend verändert.³¹ Die durch die weltwirtschaftlichen Entwicklungen³² bedingten Umwälzungen und neuen Strukturen auf der Makroebene sollen im folgenden aufgezeigt, sowie die hieraus resultierenden Implikationen für die Bildungsinstitution Schule und den Schülern als Partizipierende, näher beleuchtet werden.

Den Ausgangspunkt stellt dabei die These, dass sich mit dem Übergang vom nationalen zum globalen Kapitalismus der Wettbewerb zwischen den einzelnen Volkswirtschaften verschärft hat. Obwohl diese auch vor 1970 in Konkurrenz um bestimmte Produkt- und Ressourcenmärkte standen, hat sich ihre Quantität und Bedeutung seit Beginn der Globalisierung einschneidend verändert. Neu hinzugekommen ist unter anderem ein steigender Wettbewerb von Unternehmensstandorten. Dieser ist zunehmend auch in nicht-ökonomischen Gesellschaftsbereichen erkennbar, wie z.B. im Bildungssektor.³³ Die Brisanz des verschärften Wettbewerbs liegt heute darin begründet, dass er die Möglichkeit zur

²⁹ Wild 1997: 41

³⁰ Schleicher 2001: 6., Lange 2001: 47, Weiß 1999: 56; letztere spricht in diesem Zusammenhang von einer „demographischen Implosion“, da seit der Wende in den neuen Bundesländern ein Geburtenrückgang von 60% zu verzeichnen ist

³¹ Gruppe von Lissabon 1997: 130

³² siehe 4.1.1; wobei als Triebkräfte für diese Entwicklung den zunehmende Liberalisierungsmaßnahmen, neu auf den Weltmarkt tretende Konkurrenten und enger werdende ökonomische Interdependenzen eine besondere Rolle zufällt (siehe hierzu Gruppe von Lissabon 1997: 16 ff., Röller/Wey 2001: 12, Meusbürger 1998: 33 ff., Windfuhr 2001: 305 ff. u.a.)

³³ siehe hierzu 4.2.1

globalen Dominanz hervorruft.³⁴ Wettbewerbsfähigkeit wurde deshalb von den Nationalstaaten zum wichtigsten Ziel erklärt und vermehrt Anstrengungen in die Innovation neuer Produkte und erhöhte Investitionen in die Entwicklung neuer Technologien getätigt. Neben der Auslagerung arbeitsintensiver Produktionsprozesse zeigt dies immense Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Dort ist ein einschneidender Strukturwandel festzustellen: dieser ist erstens gekennzeichnet durch eine gestiegene Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften im Unternehmenssektor, ausgelöst durch die immer kürzer werdenden Produkt- und Technologiezyklen (s.o.). Aufgrund des wissenschaftlich-technischen Fortschritts hingegen sinkt zweitens das Angebot an traditionellen Arbeitsplätzen. Drittens nimmt infolge der zunehmenden Auslagerungstendenzen im Bereich arbeitsintensiver Produktionsprozesse die Nachfrage der Unternehmen nach niedrigqualifizierten Beschäftigten ab.³⁵

Entsprechend diesem qualifikatorischem Wandel ist die in den 70er Jahren einsetzende Arbeitsmarktkrise in den Bereichen der gering Qualifizierten besonders drastisch. Die Mehrzahl der Arbeitslosen wird von Personen ohne berufsbildenden Abschluss gestellt, während es im hochqualifizierten Bereich eher zu Angebotsengpässen kommt.³⁶ Damit werden zwei Dynamiken in Gang gesetzt, die für das vorliegende Forschungsprojekt bedeutend sind: zum einen steigt durch die Konkurrenz um Arbeitsplätze, die heute und verstärkt in der Zukunft über Qualifikationen ausgetragen wird³⁷, der Druck auf die individuellen Bürger eine hochqualifizierte Qualifikation zu erreichen stark an. Infolge der erwähnten Angebotsengpässe machen zum anderen die Unternehmen zunehmend ihr Interesse im Bildungssektor geltend, da ihre Wettbewerbsfähigkeit von hervorragend ausgebildeten Arbeitskräften abhängig ist.

Vor diesem Hintergrund sowie der Ressourcenknappheit des öffentlichen Haushaltes, verbunden mit aufkommendem Zweifel an der Wirtschaftlichkeit

³⁴ Nach Gad 2002 zeigt sich die Dominanz beispielsweise darin, dass die Summe aller Verkäufe der 200 größten Unternehmen annähernd 30 % des weltweit erzeugten BSP entspricht, während andere Unternehmen vom Weltmarkt verdrängt werden; oder z.B. besitzen die 300 größten TNC heute 25 % der weltweiten produktiven Aktiva

³⁵ Kromphard 2001: 21-26, Meusburger 1998: 33 u.50, Beck 1999

³⁶ Kromphard 2001: 25/26

³⁷ Häußermann 2001: 27ff.

staatlicher Bildungsproduktion,³⁸ entwickelten sich seit den 90er Jahren zunehmend Überlegungen, ökonomische Denkansätze aus dem neoliberalen Paradigma in die Bildungsfinanzierung, und speziell in die Finanzierungskonzepte von Schulen mit einfließen zu lassen.³⁹ Sie finden ihren Ausdruck in neuen bildungspolitischen Konzeptionen: erweiterte Schulautonomie mit modernerem Personalmanagement für eine größere finanzielle Eigenständigkeit und Entscheidungsbefugnis von Schulen, sowie freier Schulwahl oder die Möglichkeit einer individuellen Profilbildung sind die Leitideen, welche die Umbrüche im Bildungssektor kennzeichnen. Sie haben in der neuen Bildungsdiskussion überall Einklang gefunden⁴⁰ und markieren einen bildungspolitischen Paradigmenwechsel. Über Jahrzehnte wurde Bildung als öffentliches Gut unter staatlicher Steuerung und Planung im Rahmen einer angebotsorientierten Bildungspolitik ausgebaut und reformiert.⁴¹ Die neue Bildungspolitik beschäftigt sich demgegenüber, ganz im Zeitgeist neoliberaler Denkansätze, mit marktorientierten Reformen, die sich von einer staatlichen Angebotsorientierung zunehmend löst und sich eher an den Präferenzen der Bildungsnachfrager orientiert und auf eine größere „Konsumentensouveränität“⁴² setzt. Auf diese Weise entwickelt sich die Schule zu einem modernen, mit dem wirtschaftlichen Umfeld vernetzten Dienstleistungsunternehmen, in dem Marktkräfte und Wettbewerbsmechanismen eingesetzt werden, um deren Qualität und Effizienz zu steigern.

Ein nach den Regeln des Marktprinzips gesteuertes Bildungswesen impliziert jedoch schwierige Zielkonflikte.⁴³ Ein Markt erzeugt ein permanentes Ungleichgewicht und bringt Gewinner, aber auch Verlierer hervor. Wird der Wettbewerb unter Schulen von der einen Seite als Prozess für eine ressourcensparende Leistungssteigerung positiv bewertet, so sehen die Kritiker darin die bisher verfolgten Ziele, einem am Gleichheitsprinzip orientierten

³⁸ Einige Autoren, die diese Gründe für die neuen Entwicklungen im Bildungswesen anführen: Leeuwen 2001, Recum 1997: 82, Radtke/Weiß 2000: 17 ff.

³⁹ Die Debatte der Entpolitisierung von Bildung wird in der BRD seit Anfang der 90er Jahre intensiv geführt; begann im englischsprachigen Raum jedoch schon wesentlich früher, vgl. Radtke/Weiß 2000: 24

⁴⁰ In Berlin konnten wir dies in aller Deutlichkeit aufgrund der durchgeführten Experten- und Schulleiterinterviews feststellen

⁴¹ vgl. von Recum 1997: 78f.

⁴² von Recum 1997: 79

⁴³ vgl. von Recum 1997: 79

gesellschaftlichen Anspruch auf ein öffentliches Gut zunehmend gefährdet. Die neuen Konzepte können keine Chancengleichheit und soziale Kohäsion garantieren, sondern bewirken vielmehr soziale Selektion und Ungleichheiten.

„Von Verbesserungen profitieren würden nur Teilbereiche des Schulwesens, starke Schulen würden noch stärker, schwache Schulen noch schwächer.“⁴⁴

Ersteren gelingt es, trotz gekürzter öffentlicher Mittel, durch Einführung der innovativen Bildungskonzepte, die neue Finanzierungsquellen erschließen lassen, den gegenwärtigen Strukturveränderungen gerecht zu werden. Indessen sind letztere nicht in der Lage, den neuen Herausforderungen mit solch einer aktiven Bewältigungsstrategie zu begegnen und fallen im Schulwettbewerb zurück.

Auch auf der individuellen Ebene zeichnen sich in diesem Kontext Selektionsprozesse ab. Unterliegen Schulen einem verstärktem Wettbewerb, geraten sie unter hohen Erfolgsdruck, dem sie bei einer freien Schulwahl mit der Förderung derjenigen Schüler begegnen, *„ (...) , die problemlos und zu niedrigen Kosten zu unterrichten und zum Erfolg zu führen wären.“⁴⁵* Diese Schüler beziehungsweise ihre Eltern sind zum einen fähig, die wachsenden Arbeitsmarktanforderungen wahrzunehmen und ihnen mit einer bewussten Schulwahl entgegenzutreten; zum anderen verfügen sie über die notwendigen finanziellen Mittel ihre Entscheidung umzusetzen, während für Familien, die auf staatliche Förderungen angewiesen sind, dieser Handlungsspielraum nicht gegeben ist. Die Folge dieser beschriebenen Ungleichheiten, anhand derer die individuellen und institutionellen Herausforderungen der Globalisierung deutlich erkennbar sind und folglich Arbeitshypothese 1 hinreichend bestätigt sein dürfte, könnten neue Fragmentierungstendenzen sein, deren Nachweis anhand einer empirischen Untersuchung an Berliner Grundschulen erbracht werden soll.

⁴⁴ von Recum 1997: 79

⁴⁵ Radtke/Weiß 2000: 29

4. 2. Auswertung der empirischen Untersuchung an Berliner Schulen

Von den siebzehn Grundschulen im Untersuchungsgebiet konnten zehn ausgewertet werden. Vor der eigentlichen Auswertung sollen an dieser Stelle zwei zentrale Begrifflichkeiten geklärt werden – die der Exklusion und der Inklusion.

Im Kontext der Fragestellung wird unter Inklusion einer Schule verstanden, dass sie sich von ihrem sozialen Umfeld abgrenzt beziehungsweise sich diesem entziehen kann. Als neue Maßstabsebene der Orientierung dienen die Anforderungen, die aus den neuen Arbeitsmarktstrukturen und den globalen Entwicklungen resultieren (vgl. *Punkt 4.1*).

Richten Schüler beziehungsweise deren Eltern ihre Wahrnehmung auf die neuen Herausforderungen der globalen Welt und sind sie in der Lage, diesen aktiv zu begegnen, indem sie eine bewusste Schulwahl treffen, so wird von Inklusion auf der individuellen Ebene gesprochen.

Institutionelle Exklusion bedeutet hingegen, dass die Schule durch ihr soziales Umfeld geprägt ist und dieses handlungsweisend ist; das heißt, die Schule orientiert sich an den Erfordernissen, die sich durch spezifische Charakteristika des Wohnumfeldes ergeben. Weiterreichende Anforderungen werden hingegen entweder nicht wahrgenommen oder die Schule besitzt nicht die Fähigkeit, diesen gerecht zu werden.

Von der Exklusion eines Individuums wird dann gesprochen, wenn die Eltern die neuen Anforderungen nicht mit einer überlegten Schulwahl angehen, entweder weil sie nicht wahrgenommen werden oder die Eltern finanziell nicht dazu in der Lage sind. Durch diese passive Handlungsstrategie sind die Betroffenen davon bedroht, dass die ihnen zugeordnete Schule exkludiert ist und die Grundbildung dementsprechend unzureichend sein kann.

4.2.1. Institutionelle Ebene – Wettbewerb und Profilbildung

Basierend auf Arbeitshypothese 2 (vgl. *Punkt 2*) orientiert sich die Untersuchung auf institutioneller Ebene an zwei Themenkomplexen. Im Zentrum des einen steht

die Frage nach dem Vorhandensein von Wettbewerb an Grundschulen. In Berlin gilt für Grundschulen nach wie vor die Einzugsgebiets-Regelung. Das bedeutet, dass schulpflichtige Kinder im Regelfall in der für das Wohngebiet zuständigen Grundschule eingeschult werden müssen. Dadurch wird ein Wettbewerb zwischen den Grundschulen eigentlich von vornherein ausgeschlossen. Im Zuge der Informationssammlung, die der empirischen Untersuchung vorausging, entstand jedoch zunehmend der Eindruck, dass es durchaus Wettbewerb unter Grundschulen gibt. Die Erhebung soll deshalb klären, ob die Grundschulen im Untersuchungsgebiet in Konkurrenz zu einander stehen und in welcher Form die Globalisierung mit dem vermuteten Wettbewerb verknüpft ist.

Der zweite Themenkomplex beschäftigt sich mit den Möglichkeiten institutionellen Handelns. So können Grundschulen durch die Schaffung eines Schulprofils⁴⁶, das vom Senat anerkannt ist, die Einzugsgebiets-Regelung außer Kraft setzen und ganz Berlin als Einzugsgebiet gewinnen.⁴⁷ Die Operationalisierung der Arbeitshypothese erfolgt hier anhand der Frage, ob Schulen aus eigener Kraft, etwa durch eine erfolgreiche Profilbildung, eine Klientel anziehen können, die nicht im direkten Wohnumfeld angesiedelt ist.

4.2.1.1 Wettbewerb zwischen Berliner Grundschulen

An erster Stelle steht die Frage, ob sich die befragten Schulleitungen überhaupt in einer Wettbewerbs-Situation sehen.

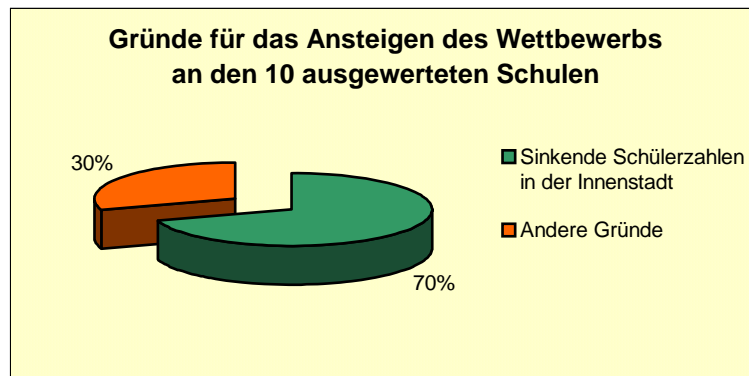
Ergebnis Die Antwort lässt hier nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig. 100 % der Interviewten sehen ihre Grundschule in einer Wettbewerbssituation zu anderen Grundschulen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Ebenfalls einstimmig ist die Meinung, dass der Wettbewerb in den letzten Jahren spürbar zugenommen hat.

⁴⁶ also der Ausrichtung auf bestimmte Unterrichts-Schwerpunkte, wie sprach-, musik-, oder sportbetonten

⁴⁷ zitiert nach einem Interview mit dem Experten I

Auch bei der Frage nach den Gründen für die Verschärfung des Wettbewerbs zeichnet sich ein deutliches Bild ab:

Ergebnis

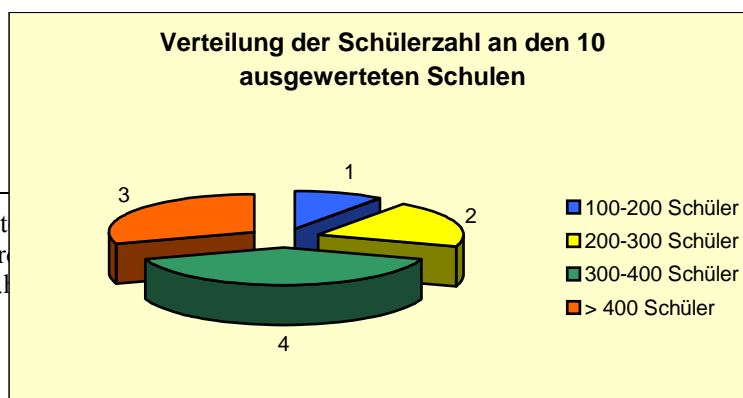


Trotz der offenen Formulierung betrachten 70 % aller befragten Schulleitungen sinkende Schülerzahlen in der Innenstadt als Hauptauslöser für den steigenden Wettbewerbsdruck.

Dieses Ergebnis korreliert mit den Informationen aus Experten-Interviews und Literatur. Demnach ist vor allem im Berliner Innenstadt-Bereich, in dem auch das Untersuchungsgebiet liegt (vgl. *Karte 1*), ein Rückgang der Schülerzahlen festzustellen.⁴⁸ Auch Statistiken des Berliner Landesschulamtes bestätigen diesen Trend⁴⁹: Lag die Schülerzahl in der Grundstufe im Schuljahr 1991/92 noch bei 205 874 Kindern, so besuchten im Schuljahr 2001/02 nur noch 158 590 Schüler die Grundstufe.

Zur Überprüfung, welchen Stellenwert rückläufige Schülerzahlen für die befragten Schulen einnehmen, werden die einzelnen Schulen aber noch einmal gesondert nach ihrer Schülerzahl befragt.

Ergebnis



⁴⁸ zitiert nach einem Int

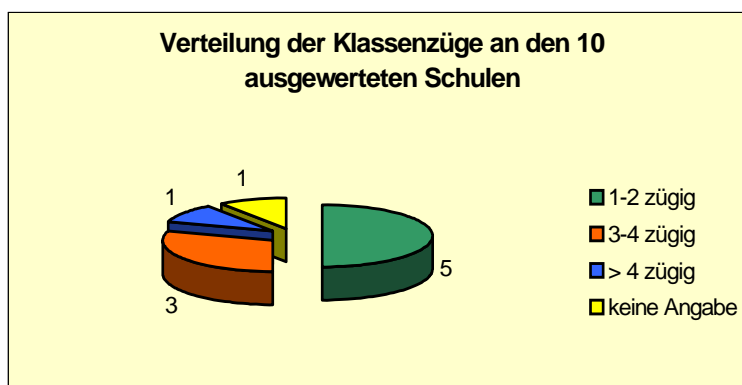
⁴⁹ zitiert nach einer Ver
berlin.de/statistik/h_stat1.f

Aus der empirischen Untersuchung ergibt sich, dass keine Schule aus dem Untersuchungsgebiet unmittelbar von der Schließung wegen zu geringer Schülerzahlen bedroht scheint. Die Schule mit der geringsten Schülerzahl genießt einen Sonderstatus als Integrationsschule für behinderte Kinder.

Wie aus verschiedenen Interviews hervorgeht, ist die Schülerzahl für die Schließung einer Grundschule aber nicht allein ausschlaggebend.⁵⁰ Auch die Zahl der Klassenzüge (Parallelklassen einer Jahrgangsstufe) entscheidet über die Schließung eines Standortes. So benötigen Schulen, die überwiegend weniger als 3 Klassenzüge haben, eine Sondergenehmigung durch den Schulträger⁵¹.

Daher werden die Grundschulen auch nach der durchschnittlichen Verteilung der Klassenzüge gefragt.

Ergebnis



50 % der untersuchten Schulen geben an, überwiegend 1-2-zügige Klassen zu haben. Daraus lässt sich folgern, dass die sinkenden Schülerzahlen in der Berliner Innenstadt für diese Schulen einen zentralen Stellenwert in ihren Planungen einnehmen.

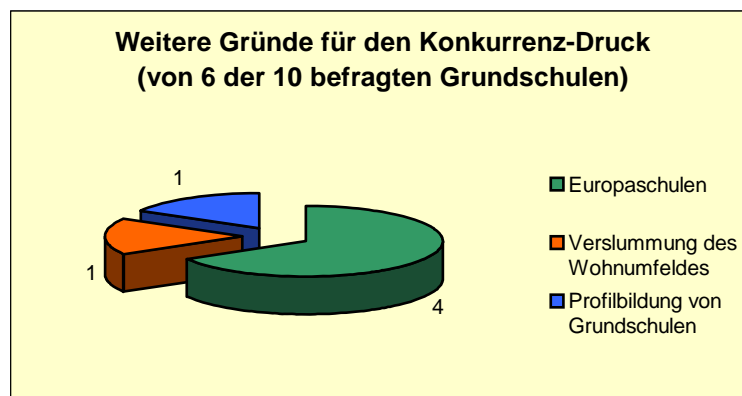
⁵⁰ zitiert nach Interviews mit Experte II und Schule 13 (aus Datenschutzgründen entspricht diese Nummerierung der Schulen nicht der Nummerierung in Karte 2)

⁵¹ in Berlin fungieren bei den staatlichen Schulen die Bezirke als Schulträger

Sinkenden Schülerzahlen allein sind aber kein Indikator für Globalisierung; im Gegenteil, sie lassen eher darauf schließen, dass andere vermutete Effekte der Globalisierung im Bildungswesen, wie etwa ein steigender Konkurrenzdruck durch eine zunehmende Verbreitung von Privatschulen oder ein Qualitäts-Wettbewerb zwischen den Grundschulen, nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Daher die Frage nach weiteren Gründen für die Konkurrenzsituation. 6 der 10 befragten Schulleitungen geben noch weitere Gründe an:

Ergebnis



Deutlich sticht hier die viermalige Nennung von Europaschulen als Kriterium für den verschärften Wettbewerbsdruck ins Auge. Auch diese Frage ist so gestellt, dass eine Einflussnahme auf die Interview-Partner vermieden wird, die Nennung der Europa-Schulen ist also durchaus als relevant einzustufen.

Dieses Ergebnis korreliert mit eigenen Vorüberlegungen der Forschungsgruppe. Deshalb ist auch das Untersuchungsgebiet so konzipiert, dass eine Europaschule enthalten ist. Leider war es aber nicht möglich, für diese Schule Daten zu erheben⁵². Deshalb muss bei der Auswertung auf die entsprechenden Aussagen der übrigen Schulleitungen sowie auf allgemeines Informations-Material zurückgegriffen werden. Da an dieser Stelle vor allem der qualitative Aspekt der

⁵² Trotz mehrfacher Nachfrage war kein Interview-Termin mit der dortigen Schulleitung zu bekommen. Auch der standardisierte Fragebogen, der an die Schule geschickt wurde, blieb unbeantwortet

Schulkonkurrenz angesprochen ist, erscheint dafür eine quantitative Auswertung nicht sinnvoll.

Europaschulen sind ebenfalls öffentliche Grundschulen, mit dem Unterschied, dass der Unterricht hier zweisprachig erfolgt. Außerdem sind Europaschulen nicht der Einzugsgebiets-Regelung unterworfen.

„Sie sind die bildungspolitische Antwort auf ein zusammenwachsendes Europa und bereiten die Kinder auf die Welt - auch die Arbeitswelt - von morgen vor.“⁵³

Der Bezug zu der unter *Punkt 2* angeführten Globalisierungs-Definition wird an dieser Stelle deutlich sichtbar. Die euphorische Einschätzung von Europaschulen wird aber von den übrigen staatlichen Grundschulen nicht geteilt. So stellt eine Schulleiterin⁵⁴ fest, dass der Anteil von Kindern nicht-deutscher Herkunftssprache (ndH) an ihrer Schule immer höher wird, weil die Europa-Schulen *„einen großen Reiz auf Familien mit bildungsnahem Hintergrund ausüben“*. Dies führe zu einer schwierigen Unterrichts-Situation, da es bei vielen Kindern ndH oft an elementaren Sprachkenntnissen mangle. Auch andere Grundschulen berichten davon, dass Europaschulen eine starke Sogwirkung auf bildungsbewusste Eltern ausüben und somit zum Aufweichen der Einzugsgebiets-Regelung beitragen.

Hinzu kommt eine Migrationsbewegung von sozial besser gestellten Familien, die aus der Innenstadt an den Stadtrand oder in das Umland ziehen.⁵⁵ Ein anderer Interview-Partner spricht in diesem Zusammenhang von einer *„doppelten Ringbildung“*, da es einerseits eine Zentrum-Peripherie-Wanderung von Familien gebe, und andererseits Eltern aus dem Brandenburger Umland versuchten, ihre Kinder an Berliner Schulen anzumelden.⁵⁶

Als **Ergebnis** lässt sich festhalten:

Hauptauslöser für die Konkurrenz-Situation zwischen Grundschulen ist eine schrumpfende Anzahl von Schülern. Neben einem demographisch bedingten

⁵³ zitiert nach einer Veröffentl. des Landeschulamtes Berlin (www.lsa-berlin.de/allg/schulsys/schulsys.htm)

⁵⁴ Schulleitung der Schule 12

⁵⁵ zitiert nach einem Interview mit Experte I

⁵⁶ zitiert nach einem Interview mit Experte II

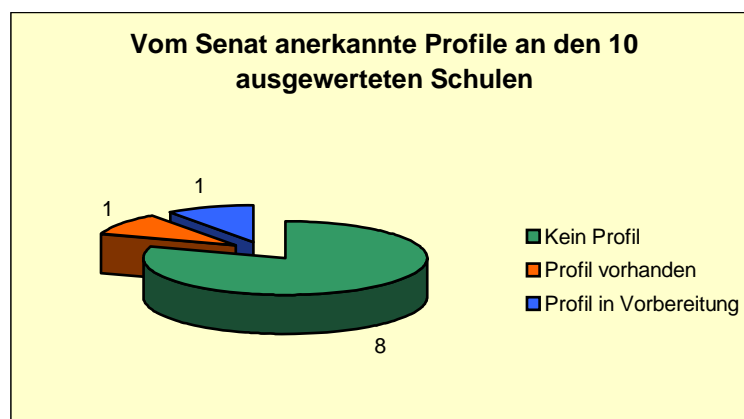
Schülerschwund führt hier auch ein Rückgang, der durch Migrationsbewegungen ausgelöst wird, zu einer deutlichen Verschärfung des Wettbewerbes.

4.2.1.2 Handlungsstrategien von Schulen – Profilbildung und Auswirkungen

Seit 1995 besteht für Berliner Grundschulen im Rahmen des Programms „Schulen in erweiterter Verantwortung“ die Möglichkeit, eigene Schwerpunkte in bestimmten Unterrichtsfächern zu setzen. Wird dieses Schulprofil dem Senat zur Genehmigung vorgelegt und anerkannt, so kann die betroffene Schule damit ihr Einzugsgebiet umgehen beziehungsweise auf das gesamte Stadt-Gebiet ausweiten. Im Sinne der forschungsleitenden Hypothese ist die Profilbildung somit als aktive Handlungsstrategie zu erachten. Da dieser Themenkomplex in der Untersuchung vor allem durch qualitative Fragen erhoben wurde, erfolgt die Analyse hier ebenfalls überwiegend in dieser Form.

Doch zuerst ein Überblick über die Situation an den ausgewerteten Schulen:

Ergebnis



Von den ausgewerteten Grundschulen im Untersuchungsgebiet besitzt eine Schule ein anerkanntes Profil (sportbetont). Eine weitere Schule erwägt eine Profilbildung, um den Status einer sprachbetonten Grundschule zu erlangen. Die übrigen Schulen

besitzen weder ein aktuelles Profil noch befinden sie sich im Prozess der Profilbildung.

Im Folgenden werden zuerst die 8 Grundschulen, an denen kein anerkanntes Profil existiert, zusammenfassend ausgewertet, um im nächsten Schritt die beiden anderen Schulen näher zu beleuchten.

An den Schulen, die kein eigenes Profil besitzen, wird dieses Instrument der schulischen Selbstgestaltung überwiegend kritisch beurteilt. Eine Schulleiterin bezeichnet Profile sogar als „*Vortäuschung falscher Tatsachen*“⁵⁷. Ihr zufolge dienen Profile oft nur dazu, andere Probleme an den betroffenen Schulen zu kaschieren. Gleichzeitig werde durch die Profilbildung aber auch ein Druck auf die übrigen Schulen erzeugt, da die Einzugsgebiets-Regelung so quasi außer Kraft gesetzt werde, zugunsten einer freien Grundschulwahl. Vor allem in sozialen Brennpunkten führe dies zu einer weiteren Verschärfung der Lage, da bildungsbewusste Eltern ihre Kinder so an Grundschulen außerhalb des Brennpunktes anmelden könnten, während den ohnehin benachteiligten Kinder von sozial Schwächeren diese Wahlmöglichkeit nicht offen stünde. Die befragte Schulleiterin sieht darin einen wesentlichen Grund für die Verschärfung des Wettbewerbes zwischen den Grundschulen.

Auch an anderen Schulen ohne eigenes Profil wird die Profilbildung problematisch gesehen. Im Vordergrund steht auch hier meist die Sorge, dass eine Profilierung einzelner Schulen zu einem insgesamt steigenden Wettbewerbsdruck führt, mit dem Ergebnis, dass Schulen, die im Wettbewerb unterliegen, zur Schließung gezwungen sein könnten.

Deutlichstes Zeichen für den Konkurrenz-Druck ist für viele Schulleitungen der Anteil von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache an ihrer Schule. Durch die Verminderung bildungsnaher Elternschichten in den sozialen Brennpunkten, verursacht durch Wegzüge der Eltern oder ein Umgehen der Einzugsgebietsregelung, steigt an den betroffenen Grundschulen dieser Anteil

⁵⁷ Schulleitung der Schule 14

immer mehr an. Eine Schulleiterin meint in diesem Zusammenhang, dass sie oft nicht mehr wisse, wer an ihrer Schule wen integriere, „*die Deutschen die ndH-Kinder oder die türkisch und arabisch sprechenden Kinder die Deutschen.*“⁵⁸

Generell wird von den befragten Schulleitungen ein Ansteigen des Anteils von Kindern ndH als eine Erschwerung des Unterrichts empfunden, da spezielle Förderprogramme für diese Kinder konzipiert werden müssen, um sie an das Niveau deutschsprachig erzogener Kinder heranzuführen.

Basierend auf der Ausgangsthese ergibt sich die Frage, ob Grundschulen, die mit der Profilbildung eine aktive Handlungsstrategie verfolgen, die Bedingtheit durch das soziale Umfeld überwinden können, indem sie eine andere Schülerklientel anlocken.

Doch zuerst wieder ein Überblick über die Situation der Schulen im Untersuchungsgebiet:

Ergebnis



Auffallend ist, dass in fast der Hälfte der 10 ausgewerteten Grundschulen der durchschnittliche Anteil von Kindern ndH bei 50 % oder darüber liegt. Dabei muss zudem berücksichtigt werden, dass dieser Durchschnitt in einzelnen Klassen noch wesentlich höher liegen kann⁵⁹.

⁵⁸ Schulleitung der Schule 12

⁵⁹ Mehrere Schulleiter berichten von Klassen, in denen der Anteil von Kindern ndH bei 100 % liegt

Leider ist die Datenlage bei der Grundschule, die gerade im Prozess der Profilbildung begriffen ist, unbefriedigend, da hier nur ein standardisierter Fragebogen vorliegt. Betrachtet man den Fragebogen dieser Schule isoliert, so ist man geneigt, darin ein mustergültiges Beispiel für die Verwirklichung der Ausgangsthese zu sehen. An der Schule gibt es ein breit gefächertes Angebot an Sprachkursen und anderen außerlehrplanmäßigen Angeboten. Die Schaffung eines sprachbetonten Profils ist gerade geplant. Dem gegenüber steht ein durchschnittlicher Anteil von Kindern ndH, der mit 16 % zu den geringsten im gesamten Untersuchungsgebiet gehört.

Doch die Folgerung, dass hier eine Schule durch erfolgreiches Handeln auf dem Weg ist, sich gegenüber dem sozialen Umfeld zu inkludieren, greift an dieser Stelle zu kurz. Das direkte Umfeld der Schule ist, im Gegensatz zu dem vieler anderer aus dem Untersuchungsgebiet, kein sozialer Brennpunkt. Folglich resultiert der geringe Anteil von Schülern ndH an dieser Schule nicht unbedingt aus dem Handeln der Schule, sondern scheint ursächlich im sozialen Umfeld bedingt.

Zur Vervollständigung des Bildes muss noch auf die Schule eingegangen werden, die bereits ein staatlich anerkanntes Profil besitzt. Das Profil beinhaltet neben einer erhöhten Stundenzahl für den Sportunterricht (wöchentlich 1-3 Stunden mehr Sport, abhängig von Jahrgangsstufe) auch zusätzliche, freiwillige Angebote für die Schüler, wie Turnen, Skitraining oder Fördersport. Daneben ist die Länge der einzelnen Unterrichtsstunden auf 40 Minuten reduziert, um mehr Zeit für den Schwerpunkt verfügbar zu machen.

Der Schulleitung zufolge befindet sich auch diese Schule nicht in einem sozialen Brennpunkt. Und dennoch berichtet die Schulleiterin, dass der Anteil von Kindern ndH in der 1. Klasse seit kurzem bei über 50 % liegt und weiter im Steigen begriffen ist⁶⁰. Sie führt dies darauf zurück, dass die Wohnungen in einem nahegelegenen Gebäude zu Sozialwohnungen umgewandelt wurden und befürchtet, dass sich dadurch der Unterricht erschweren wird.

Als **Ergebnis** lässt sich festhalten:

⁶⁰ An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass ‚sozialer Brennpunkt‘ und ‚Auftreten von Kindern ndH‘ nicht von der Forschungsgruppe in einen ursächlichen Zusammenhang gebracht wurden, sondern von den Interviewpartnern

Entgegen der Vermutung der Forschungsgruppe scheint das soziale Umfeld einer Schule immer noch eine entscheidende Rolle zu spielen. Auch Schulen, die erfolgreich eine aktive Handlungsstrategie verfolgen, können sich nicht gegenüber ihrem Umfeld inkludieren.

4.2.2. Individuelle Ebene – Umgehung der Einzugsgebiets-Regelung

Unter *Punkt 4.1.2* ist bereits dargestellt, wie für jeden Einzelnen durch die Prozesse der Globalisierung eine Notwendigkeit zur Qualifikation entsteht. Eltern sind an dieser Stelle natürlich besonders gefordert, denn sie tragen die Verantwortung für die Ausbildung ihrer Kinder. Daher die Vermutung der Forschungsgruppe: Um für ihre Kinder so früh wie möglich eine hochqualifizierte Ausbildung zu erreichen, umgehen Eltern zunehmend die Einzugsgebiets-Regelung und wählen die Grundschule nach der Qualität des angebotenen Unterrichts.

Da aufgrund des engen Zeitrahmens nicht genügend Eltern befragt werden konnten, um repräsentativen Maßstäben zu genügen, wurden stattdessen zwei Vertreter des Landeselternausschusses (LEA) zu der Thematik interviewt.

Dabei entsteht ein uneinheitliches Bild, etwa bei der Frage nach der Häufigkeit von Einzugsgebiets-Wechseln. Während *Interviewpartner A* von einer steigenden Zahl solcher Fälle berichtet, konstatiert *Interviewpartner B* eine insgesamt geringe Anzahl von Wechselanträgen.

Ein mögliches Erklärungsmodell für diese Aussagen bietet die Annahme, dass Eltern die Einzugsgebietsregelung nur selten durch Wechselanträge umgehen, sondern vielmehr durch Umziehen in ein anderes Wohngebiet – daher die geringe Zahl von Wechselanträgen. Unterstützt wird diese Annahme durch die Aussage einer Schulleiterin⁶¹, die im Einzugsgebiet ihrer Schule den Trend beobachtet, dass bildungsbewusste Eltern häufig bereits vor der Einschulung ihrer Kinder aus dem Wohngebiet wegziehen. Auch die unter *Punkt 4.2.1.1* bereits erwähnte „*doppelte Ringbildung*“ deutet in diese Richtung.

⁶¹ Schulleitung der Schule 13

Die Motivation von Eltern für das Umgehen des Einzugsgebietes wird von den beiden Interviewten ebenfalls unterschiedlich beurteilt. Der *Interviewte B* sieht die Beweggründe für einen Schulwechsel vor allem in dem Wunsch der Eltern nach Ganztagesbetreuung für ihre Kinder.

Interviewpartner A hält dagegen den Anteil von Kindern ndH an der betreffenden Schule für entscheidend: „*Steigt der Anteil von Kindern ndH über eine magische Grenze, so kippt die Zusammensetzung*“. Auf eine genaue Angabe darüber, wo diese Grenze verläuft, wollte sich der Interviewte aber nicht festlegen, da dies zu sehr vom Einzelfall und der subjektiven Wahrnehmung der betroffenen Eltern abhängig sei.

Unter Berücksichtigung des Ergebnisses aus *Punkt 4.2.1* scheint dabei die Aussage von *Interviewpartner A* für das Untersuchungsgebiet von größerer Gültigkeit zu sein.

Als **Ergebnis** lässt sich festhalten:

Die Vermutung der Forschungsgruppe lässt sich nur teilweise verifizieren. Während die Einzugsgebiets-Regel offenbar zunehmend umgangen wird, scheint die Motivation für den Wechsel dagegen weniger in der Unterrichtsqualität der Schulen begründet, als vielmehr in ihrer ethnischen Zusammensetzung. Diese wiederum resultiert aus dem sozialen Umfeld und nicht so sehr aus den Handlungsstrategien der Schulen, wie unter *Punkt 4.2.1.2* festgehalten wird.

4.2.3 Verschärfter Wettbewerb auch an Oberschulen ?

Im Rahmen der Untersuchung erhalten auch die Oberschulen, die im Forschungsgebiet liegen, einen standardisierten Fragebogen. Ziel dieser Befragung ist es vor allem, Informationen über die Entwicklung des Wettbewerbes zwischen weiterführenden Institutionen zu erheben.

Die gewonnenen Daten lassen darauf schließen, dass der Wettbewerbsdruck an Oberschulen noch bewusster wahrgenommen wird. So besitzen 2 der 3 ausgewerteten Schulen ein anerkanntes Profil, die dritte Schule erwägt momentan eine Profilbildung.

Wie an den Grundschulen stellen auch hier die Schulleitungen einstimmig eine Verschärfung der Wettbewerbssituation in den letzten Jahren fest. Interessant ist dabei die Antwort einer Schulleitung, die den gestiegenen Wettbewerbsdruck auf eine „*genauere Analyse der bestehenden Angebote und [einer] bewussteren Anmeldungen bei den Schulen*“⁶² von Seiten der Eltern zurückführt. Diese Aussage korreliert mit den Ergebnissen von *Punkt 4.2.2.* Ebenfalls analog zu den Grundschul-Ergebnissen sehen die übrigen Oberschulen die Verschärfung des Wettbewerbes vor allem in den gesunkenen Schülerzahlen begründet.

Als **Ergebnis** lässt sich festhalten

Da für die Oberschulen die Einzugsgebietsregelung nicht gilt, sind an diesen Institutionen aktive Handlungsmuster offensichtlich weiter verbreitet als an den Grundschulen. Demnach hier von einem deutlich verschärften Wettbewerbsdruck ausgegangen werden.

5. Fazit

Eine Inklusion von Grundschulen im Untersuchungsgebiet lässt sich anhand der vorliegenden Daten nicht stichhaltig belegen. Die Grundschulen können sich nicht aus ihrem sozialen Umfeld lösen, sondern werden maßgeblich davon beeinflusst. Eine mögliche Ausnahme scheinen hier die Europaschulen darzustellen, deren starke Sogwirkung auf bildungsnahe Schichten von mehreren Seiten bestätigt wird. Dieser Sog deutet darauf hin, dass die Tendenz zur Inklusion auf individueller Seite schon weiter fortgeschritten ist, was die gestiegene Zahl von Einzugsgebiets-Wechseln bestätigt.

Gerade in sozialen Brennpunkten stellt die Bewältigung von Problemen, welche aus dem sozialen Umfeld resultieren (z.B. Präventivmassnahmen gegen Gewalt an der Schule), einen Hauptschwerpunkt dar. Folglich fällt die Orientierung an neue Anforderungen, die aufgrund der Globalisierung auf der Makroebene an die Grundschulen gestellt werden, vergleichsweise gering aus. Die bisher eher zurückhaltende Resonanz bezüglich Planung und Implementierung neuer

⁶² Schulleitung der Oberschule I

Konzeptionen zur Schaffung komparativer Wettbewerbsvorteile, beispielsweise durch ein Schulprofil, lässt eindeutig darauf schließen. „*Wir können ja nicht gut sein*“ drückt deutlich die Resignation einer Schulleiterin⁶³ aus, aufgrund oben genannter Prioritäten in sozialen Brennpunkträumen im innerschulischen Wettbewerb zurückzufallen. Folglich sind die daran teilnehmenden Individuen unter den Bedingungen eines globalen Wettbewerbes bereits früh entscheidend benachteiligt und gefährdet, von Bildungsanforderungen globaler Maßstäbe exkludiert zu werden.

Für die Forschungsgruppe scheint daher die Vermutung einer neuen Fragmentierung in Berlin hinreichend bestätigt. Den Grundschulen kommt hierbei die Rolle eines Katalysators zu: Durch das Zusammenwirken von Faktoren aus dem sozialen Umfeld mit den Herausforderungen der Globalisierung innerhalb der Institution Schule, entsteht eine neue Situation, mit der sich Eltern konfrontiert sehen. Eine aktive Schulwahl, die unter Umständen mit einem Wohnortwechsel verbunden ist, verursacht eine zunehmende Neuorientierung im Raum. Dies legt den Verdacht einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten nahe, die sich in neuen Fragmentierungstendenzen räumlich niederschlägt.

Grundschulen sind ihrerseits vor die Herausforderung gestellt, Kinder auf globale Wettbewerbsbedingungen vorzubereiten. Angesichts der derzeitigen Finanzkrise in Berlin muss die Knappheit öffentlicher Gelder in die Organisation pädagogischer Prozesse als notwendige Rahmenbedingung anerkannt und mitreflektiert werden. Die Frage, ob eine moderne Bildungsökonomie mit einem effizienten, an ökonomischen Maßstäben orientierten Schulmanagement eine Lösungsmöglichkeit hierfür bietet, lässt sich im Rahmen vorliegender Arbeit nicht hinreichend diskutieren, bietet in diesem Zusammenhang jedoch Ansätze für weiterführende Überlegungen.

⁶³ Leitung der Schule Nr. 14

6. Literaturverzeichnis

Altvater, Elmar und Mahnkopf, Birgit (1999): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster.

Baßeler, Ulrich, Heinrich, Jürgen und Koch, Walter (1995): Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft. Köln.

Beck, Ulrich (1999): Was ist Globalisierung? Frankfurt am Main.

Bell, Daniel (1973): The Coming of Postindustrial Society; A Venture in Social Forecasting. New York.

Bethge, Horst (2000): Bildung. Die neue Mitte, in: Zeitschrift der GEW Hessen für Erziehung, Bildung, Forschung, Ausgabe 10-11/2000.

Ehmann, Christoph (2001): Bildungsfinanzierung und soziale Gerechtigkeit. Vom Kindergarten bis zur Weiterbildung. Bielefeld.

Gad, Gerhard: Good Corporate Citizenship – Handlungsgrundlage für die Tätigkeit transnationaler Unternehmen (TUN) in Entwicklungsländern? Vortrag im Geographischen Colloquium der FU Berlin. SoSe 2002.

Giddens, Anthony (1996): Konsequenzen der Moderne. Frankfurt am Main.

Gruppe von Lissabon (1997): Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit. München.

Häußermann, Hartmut (2001): Marginalisierung als Folge des sozialräumlichen Wandels in der Großstadt, in: spw (Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft), Heft 118/2001, S. 27-34.

Humboldt, Wilhelm v. 1792 (1991): Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen. Stuttgart.

Konrad, Kai A. (2001): Besteuerung und Humankapitalinvestitionen im tertiären Bildungssektor, in: Röller, Lars-Hendrik und Wey, Christian (Hrsg.) (2001): Die Soziale Marktwirtschaft in der neuen Weltwirtschaft. Berlin.

Kromphardt, Jürgen (2001): Herausforderungen der New Economy für den Arbeitsmarkt und für das Bildungssystem in Deutschland, in: Röller, Lars-Hendrik und Wey, Christian (Hrsg.) (2001.): Die Soziale Marktwirtschaft in der neuen Weltwirtschaft. Berlin.

Meinlschmidt, Gerhard (Hrsg.) (1999): Sozialstrukturatlas Berlin 1999. Berlin.

Meusburger, Peter (1998): Bildungsgeographie. Wissen und Ausbildung in der räumlichen Dimension. Heidelberg.

Radtke, Frank-Olaf und Weiß, Manfred (Hrsg.) (2000): Schulautonomie, Wohlfahrtsstaat und Chancengleichheit. Ein Studienbuch. Opladen.

Recum von, Hasso (1997): Überlegungen zur Rekonstruktion bildungspolitischer Steuerung
in: Böttcher, W. / Weishaupt, H. / Weiß, M. (Hrsg.) (1997): Wege zu einer neuen Bildungsökonomie. Pädagogik und Ökonomie auf der Suche nach Ressourcen und Finanzierungskonzepten. Weinheim.

Richta, Radovan et al. (1972): Technischer Fortschritt und industrielle Gesellschaft. Frankfurt a. Main.

Richta, Radovan (1977): The Scientific and Technological Revolution and Prospects of Social Development, in: Dahrendorf, Ralf et al. (Hrsg.) (1977): Scientific-Technological Revolution: Social Aspects. London.

Röller, Lars-Hendrik und Wey, Christian (Hrsg.) (2001): Die Soziale Marktwirtschaft in der neuen Weltwirtschaft. Berlin.

Scholz, Fred (2000): Globalisierung versus Fragmentierung, in: Nord-Süd aktuell. 2. Quartal 2000, S. 255-271.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2001 für die Bundesrepublik Deutschland und das Ausland. Wiesbaden.

Weise, Christian (2000): Globalisierung, Wettbewerb und Bildungspolitik. Berlin.

Weiß, Manfred (1999): Was uns unser Schulwesen heute kostet, in: J.-U. Böttcher (Hrsg.) (1999): Sponsoring und Fundraising für die Schule. Ein Leitfaden zur alternativen Mittelbeschaffung. Neuwied, Kriftel.

Wild, Peter (1997): Die Probleme der Bildungsfinanzierung aus Ländersicht, in: Böttcher, W., Weishaupt, H. und Weiß, M. (Hg.): Wege zu einer neuen Bildungsökonomie. Pädagogik und Ökonomie auf der Suche nach Ressourcen und Finanzierungskonzepten. Weinheim.

Windfuhr, Michael (2000): Globalisierung, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2000): Lexikon Dritte Welt. Hamburg.

Zeitungs- und Internetartikel

Die Zeit, vom 6.12.2001 (Interview mit Hermann Lange)
vom 27.12.2001 (Artikel von Thomas E. Schmidt)

Süddeutsche Zeitung vom 4.12.2001 (Artikel von Thomas Steinfeld)
vom 5.12.2001 (Interview mit Andreas Schleicher)
vom 7.12.2001 (Interview mit Jürgen Baumert)
vom 7.12.2001 (Artikel von Jeanne Rubner)

taz, vom 7.12.2001 (Interview mit Annette Schavan)

www.bda-online.de/www./bdaonline.nsf/MainFrame

→ Bildungspolitisches Aktionsprogramm der Arbeitgeber: Für eine neue Bildungspolitik!

Home.snafu.de/gew-berlin/blz/archiv/2001/blz1101-10.htm

→ Leeuwen van, Fred: Öffentliche Bildung unter den Bedingungen der Globalisierung.

7. Anhang

Befragte Grundschulen im Untersuchungsgebiet (in alphabetischer Reihenfolge)

- Anne Frank Grundschule
- Carl-Bolle Grundschule
- City-Grundschule
- Gotzkowsky-Grundschule
- Grundschule in der Luisenstadt
- Grundschule am Arkonaplatz
- Grundschule am Brandenburger Tor
- James Krüss-Grundschule
- Kastanienbaum-Grundschule
- Kurt Tucholsky-Grundschule
- Moabiter Grundschule
- Mosaik Grundschule
- Papageno Grundschule
- Richard-Schröter-Grundschule
- Wartburg-Schule
- 5. Grundschule (Staatl. Europaschule Berlin)
- 9. Grundschule

Befragte Gymnasien im Untersuchungsgebiet

- Carl-Philip-Emanuel-Bach-Oberschule
- Charles-Darwin-Oberschule
- Französisches Gymnasium (in Tiergarten Süd)
- Heinrich-von-Kleist-Oberschule
- John-Lennon-Oberschule
- Max-Planck-Oberschule

Interviewpartner der Expertenbefragungen

- Hr. Ernst, Koordinator für Lehrpläne von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport Berlin
- Fr. Witschaß, Vertreterin von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)
- Fr. Dübbers, Vertreterin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Landesverband Berlin (GEW)
- Hr. Schmidt, Vorsitzender des Landeselternausschusses
- Hr. Schindler, Vorsitzender des Landeselternausschusses der Arbeitsgemeinschaft Grundschule
- Hr. Suhrmann, Geschäftsführer der Schulpartner GmbH
- Prof. Dr. Steden, Institut für öffentliche Finanzen und Sozialpolitik, FU-Berlin
- Prof. Dr. Konrad, Institut für öffentliche Finanzen und Sozialpolitik, FU-Berlin
- Prof. Dr. Utecht, FU Berlin

Folgende "Occasional Paper Geographie" sind erschienen:

- SCHOLZ, F., M. LEIER (1987): Überlegungen zur Integrationsfrage ausländischer/türkischer Bevölkerungsgruppen in Berlin (= Heft 1)
- LEIER, M., F. SCHOLZ (1987): Räumliche Ausbreitung türkischer Wirtschaftsaktivitäten in Berlin (West) am Beispiel türkischer Markthändler (Ein Beitrag zur Integrationsproblematik) (= Heft 2)
- SPIES, U.B. (1988): Der "Türkenmarkt" am Maybachufer (Kreuzberg/Neukölln) (= Heft 3)
- IBBA, B. (1988): Das türkische Gewerbe im Wedding (= Heft 4)
- SCHOLZ, F. et al. (1990): Die räumliche Ausbreitung türkischer Wirtschaftsaktivitäten in Berlin (West) - Schnellimbisse, Restaurants, Gemüseläden (= Heft 5)
- ALFF, C. et al. (1992): Nauen - Flächennutzung und Baubestand (= Heft 6)
- MIELITZ, D. (1992): Grundlagen, Planungsprozesse und Perspektiven für die Schaffung industriell-gewerblicher Arbeitsplätze in Ludwigsfelde. Ein Beispiel für die Umstrukturierungsprobleme in den neuen Bundesländern (= Heft 7)
- SCHOLZ, F. (Hrsg.) (1996): Türkische Bevölkerung in Kreuzberg. Gewerbe – Wohnen – Handel (= Heft 8)
- MOHR, I.-C. (1999): Islamischer Religionsunterricht in Berlin (= Heft 9)
- HEINRICH, I. und S. LOOS (2000): Mutterwerden als Weg in die Armut. Eine sozialgeographische Studie (= Heft 10)
- GAD, G. (2001): Die Bedeutung von Unternehmensethik im Entscheidungs- und Handlungsprozeß transnationaler Unternehmer in Entwicklungsländern (= Heft 11)
- SCHOLZ, F. et al. (2001): Lebenswirklichkeit in einem „globalisierten Ort“. Das Beispiel Dhaka, Hauptstadt von Bangladesh. Eine sozialgeographische Skizze (= Heft 12)
- HILLMANN, F. (2002): Positionierung und Bedeutung ethnischer Arbeitsmärkte (= Heft 13)
- GAD, G. (2002): Public Private Partnership (PPP) in der Entwicklungszusammenarbeit (= Heft 14)
- WEGNER, A. (2002): Entwicklungshilfe durch Informationstechnologie. Ägyptens Kleinunternehmer proben E-Commerce im Zyberbazaar (= Heft 15)
- ODIJK, S. van, S. OEHM, J. SCHÜTZE (2002): Berlin – Bahnhof Zoologischer Garten. Gibt es im Zuge von Globalisierung eine Verdrängung von Armutsbevölkerung aus (ehemals) öffentlichem Raum? (= Heft 16)
- KROIS, J., T. TARASCHEWSKI, E. TROSCHKE (2003): Standardisierung und Internationalisierung des Waren- und Dienstleistungsangebots als Folge von Globalisierungsprozessen am Beispiel Berlins (= Heft 17)
- DROWSKI, R., M. MEYER (2003): Förderung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen in Berlin unter Berücksichtigung der Anforderungen der Globalisierung (= Heft 18)
- FEUCHTE, B. (2003): Der Ansatz der „Transnationalen sozialen Räume“ zur Erklärung von Migrationprozessen (= Heft 19)
- SCHÜTT, B. (ed.) (2004): Watershed management in the Abaya - Chamo basin, South Ethiopia (= Heft 20)
- SCHOLZ-ZIEGELBAUER, H. (Hrsg.) (2004): Geographische Skizzen (= Heft 21)
- SCHENKEL, K. (2004): Kulturelle Selbstwahrnehmung jugendlicher Berliner Türkinnen (= Heft 22)
- NEUDERT, E. (2004): »Housing poverty« und weibliche Armut in Städten der »Dritten Welt« am Beispiel eines Railwayslums in Bombay (= Heft 23)
- SCHOLZ, F. (2004): Globalisierung. Geographische Forschungsbeiträge. (= Heft 24)
- MUELLER, B. (2004): Dörfer im Transformationsprozess Kirgistans. Tasma und Toru Aigyr im Biosphärenreservat Issyk-Kul (= Heft 25)
- RYLL, M., A. SCHUBERT (2004): Street Art und die Wechselwirkungen von Mensch und Raum in Friedrichshain-Kreuzberg (= Heft 26)
- FUHR, L., R. SPRENGER (2004): Indische IT-Fachkräfte zwischen Bangalore und Berlin. Aktive Gestalter oder passive Mitläufer im Globalisierungsprozess (= Heft 27)
- FRAYER, J. und J. MIRETE (2005): Landreformen in China. Eine Erfolgsgeschichte der Modernisierung? (= Heft 28)
- GAD, G. (2005): „Vom Plan zum Markt“. Reformen bei der mobilen Tierhaltung auf dem Tibetischen Hochplateau in der V. R. China (= Heft 29)
- BORCHERS, K. et al (2004): Globalisierung in Südindien – Keralas Bauern zwischen Weltmarkt und Subsistenz. Ein Beitrag zur qualitativ-sozialgeographischen Entwicklungsforschung (= Heft 30)
- STUMPTNER, A., UNKRIG, A., ZENS, M. (2005): Globale Herausforderungen, lokale Akteure - Berliner Grundschulen im Spiegel neuer gesellschaftlicher Fragmentierungstendenzen (= Heft 31)